Oels'er Kreisblatt.

Erscheint jeden Freitag. Pränumerationspreis vierteljährlich 60 Rpf., durch die Post bezogen 75 Rpf.

Inserate werden bis Donnerstag Mittag in der Expedition angenommen und kostet die gespallene Zeile 10 Rpf.

Redakteur: Königl. Kreissekretair Raabe.
Druck und Verlag von A. Ludwig in Oels.

№ 49. Oels, den 23. November 1877. 15 Jahrg.

Amtlicher Theil.

A. Bekanntmachungen des Königlichen Landraths-Amts.

Nr. 389. Oels, den 14. November 1877.

Auf dem am 14. d. Mts. abgehaltenen Kreistage sind die im Kreisblatt pro 1877, Seite 180 abgedruckten Propositionen, wie folgt, erledigt worden:

ad I der Propositionen:

Als die vom 1. Januar 1878 ab ausscheidenden Mitglieder des Kreisausschusses wurden durch das Loos bestimmt die Herren Graf Kospoth auf Briese und Rumbaum auf Laubsky;

ad II der Propositionen:

In das Curatorium der zu Ehren des am 12. November 1857 verstorbenen Königl. Landraths hiesigen Kreises, des Herrn Geheimen Regierungsrathes von Prittwitz auf Schmoltschütz, errichteten kreisständischen Stiftung wurden die Herren Kreistags-Abgeordneten, Lederfabrikant Philipp aus Oels und Bauergutsbesitzer Brückner aus Schmarse gewählt;

ad III der Propositionen:

Die von dem Rendanten der Kreis-Communal-Kasse gelegten Kreis-Communalkassen-Rechnungen pro 1876 und pro I. Quartal 1877 wurden auf Grund der durch den Kreisausschuß bewirkten Prüfung in den nachgewiesenen Beträgen und zwar:

a. die Rechnung pro 1876:

a. in der Gesammt-Einnahme mit	712,687 M.	85 Pf.	
b. „ „ „ Ausgabe	„ 332,249	„ 44	„
c. einem Bestande von	380,438	„ 41	„

b. die Rechnung pro I. Quartal 1877:

a. in der Gesammt-Einnahme mit	420,415 M.	17 Pf.	
b. „ „ „ Ausgabe	„ 56,321	„ 88	„
c. einem Bestande von	364,093	„ 29	„

festgestellt und wurde der Rechnungsleger bezüglich dieser Rechnungen entlastet;

ad IV und V der Propositionen

beschloß die Kreis-Versammlung, den Städten Oels und Bernstadt die Beträge von 1739 M. 69 Pf. und von 205 M. 17 Pf. aus den bereiten Mitteln der Kreis-Communalkasse zurückzuzahlen;

ad VI der Propositionen

hält die Kreis-Versammlung die in Antrag gebrachten Veränderungen der jetzigen Amtsbezirke Nr. 17 (Bohrau) und Nr. 32 (Strann), wie sie in den Propositionen dargelegt sind, für zweckmäßig und befürwortet diese Amtsbezirksveränderungen; dagegen konnte sich dieselbe von der Zweckmäßigkeit der Theilung des Amtsbezirkes Nr. 29 (Woitsdorf) nicht überzeugen und sprach sich für die Beibehaltung des jetzigen Amtsbezirkes aus;

ad VII der Propositionen:

Die Kreis-Versammlung erklärte sich mit der in Vorschlag gebrachten Ergänzung der Amtsvorsteher-Vorschlagsliste einverstanden, sowie damit, daß in dieselbe bei dem Amtsbezirke Gutwohne die Herren Gemeindevorsteher, Bauergutsbesitzer Fels und Wirthschaftsinspector Gollek zu Gutwohne aufgenommen werden.

Nr. 390. Breslau, den 11. November 1877.

Auf den gefälligen Antrag vom 20. September cr. ertheile ich dem Vorstande der Schlesischen Blinden-Unterrichts-Anstalt hierselbst die jederzeit widerrufliche Genehmigung, im Laufe der nächsten fünf Jahre und zwar in den Jahren 1878 Achtzehnhundertachtundsiebenzig bis einschließlich 1882 Achtzehnhundertzweiundachtzig in den bemittelteren Haushaltungen der Provinz Schlesien ohne Unterschied der Confession zum Besten der gedachten Anstalt milde Gaben im Wege der Hauscollekte einsammeln zu dürfen.

Die von dem Vorstande mit der Sammlung beauftragten Collectanten werden sich durch Vorzeigung dieser Verfügung oder einer beglaubigten Abschrift derselben zu legitimiren haben.

An den Vorstand der Schlesischen Blinden-Unterrichts-Anstalt hier.

Der Ober-Präsident.
In Vertretung.
gez. v. Juncker.
Oels, den 21. November 1877.

Vorstehenden Ober-Präsidial-Erlaß bringe ich hierdurch zur Kenntniß der Kreisbewohner.

Nr. 391. Oels, den 19. November 1877.

An Stelle des bisherigen Standesbeamten, Gutspächters Herrn von Bieberstein zu Rotherinne,

ist der Rittergutsbesitzer, Gutsvorsteher Herr Weber auf Kurzwitz als Standesbeamter des Standesamtsbezirks Schickerwitz bestellt worden.

Nr. 392. Oels, den 16. November 1877.

Dem Herrn Pastor Lipke zu Klein-Ellguth ist Seitens der Königl. Regierung die Localinspection über die evangelischen Schulen in Klein-Ellguth und Kritschen übertragen worden, was ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringe.

Nr. 393. Oels, den 16. November 1877.

Am 13. d. Mts. ist in Peuke eine lange Kette gefunden worden. Der Eigenthümer kann dieselbe bei dem Gensdarm Kauf daselbst in Empfang nehmen.

Nr. 394. Oels den 21. November 1877.

Gegenwärtig vacante, mit Militär-Anwärtern zu besetzende Stellen.

1. Breslau, a) Magistrat, 2. Kirchendienerstelle an der Kirche zu Salvator, 360 Mark festes Gehalt jährlich, quartltr. postnumerando zahlbar; außerdem unbestimmte Accidenzien, b) Postamt III., Postschaffner im Packetbestellungsdienste, 810 Mark Gehalt, 180 Mark Wohnungsgeldzuschuß;

2. Königszelt, Postamt III., Packetträger, 630 Mark Gehalt, 60 Mark Wohnungsgeldzuschuß.

Der Königliche Landrath.
von Rosenberg.

B. Bekanntmachungen anderer Behörden.

Oels, den 6. November 1877.

Bekanntmachung.

Am 12. d. Mts. sind dem Bauer Martin Kania zu Türkwitz, bei Gelegenheit des Jahrmarktes zu Poln.-Wartenberg, 2 Pferde nebst Flechtenwagen und Geschirren gestohlen worden. Die Pferde waren 2 Schimmelstuten; eine mehr weiß und 10 Jahre alt, die andere Eisenschimmel mit weißem Stern und 2¼ Jahr alt. —

Wer über den Verbleib des gestohlenen Gutes oder den Dieb Auskunft geben kann, wird ersucht, dies dem Unterzeichneten oder der nächsten Polizei-Behörde anzuzeigen. Kosten erwachsen dadurch nicht.

Der Königliche Staatsanwalt.

Bekanntmachung.

Berlin W., 13. November 1877.

Schon bisher ist es gestattet, wissenschaftlichen und technischen Zeitschriften bei der Versendung unter Band kleine Stoff- oder Zeugmuster beizufügen, insofern die Muster lediglich als unentbehrliche Beigaben zur Erläuterung des Textes dienen. Diese Einrichtung soll — jedoch lediglich versuchsweise und mit Vorbehalt des Widerrufs — dahin ausgedehnt werden, daß von jetzt ab auch Kataloge und Preislisten denen Muster der gedachten Art beigefügt sind, zur Beförderung gegen das Porto für Drucksachen im inländischen Verkehr zugelassen wurden. Bedingung ist, daß die den Katalogen und Preislisten beigefügten Muster aus kleinen dünnen Stoff- oder Zeugabschnitten bestehen und die Stärke des zur betreffenden Drucksache verwendeten Papiers nicht erheblich überschreiten, ferner, daß dieselben nicht die Eigenschaft einer eigentlichen Waarenprobe haben, und daß die Sendungen ihrer sonstigen Beschaffenheit nach zur Beförderung mit der Briefpost überhaupt geeignet sind. Ueber die endgültige Beibehaltung dieser Einrichtung wird indeß erst der nächste allgemeine Post-Kongreß zu entscheiden haben, welcher im Mai 1878 eröffnet wird. Je nach dem Ausfall dieser Entscheidung wird dann die obige Einrichtung entweder beibehalten werden können, oder aber geändert, selbst wieder abgeschafft werden müssen, worauf die betheiligten Handels- und Gewerbetreibenden schon jetzt aufmerksam gemacht werden.

Der General-Postmeister.
Stephan.

Nebst einer Beilage.

Beilage zu Nr. 49 des Oels'er Kreisblattes.

Die neue Krisis in Frankreich.

(Uebersicht.)

Die politischen Verhältnisse in Frankreich haben sich immer mehr zu einer schweren Krisis entwickelt: die neu gewählte Abgeordnetenkammer ist am 7. November zusammengetreten. Während der Marschall Mac Mahon bis kurz vorher geneigt schien, durch Entlassung des bisherigen Ministeriums und durch Berufung eines neuen Kabinets aus den gemäßigten Mittelparteien den Versuch einer Versöhnung anzubahnen, hatte er sich im letzten Augenblicke entschlossen, das Ministerium des Herzogs von Broglie zunächst noch vor die neue Kammer treten zu lassen und somit den Kampf gegen die republikanische Mehrheit derselben von vorn herein aufzunehmen.

Der Kampf wurde Seitens der Abgeordnetenkammer durch den Antrag auf eine förmliche parlamentarische Untersuchung der Regierungshandlungen in Bezug auf die Wahlen eröffnet.

Zur Begründung dieses Antrages war geltend gemacht:

daß von der Regierung fünf Monate lang alle Gesetze verletzt worden seien, um auf die Wahlen einen unerlaubten Druck zu üben, — und daß der Skandal der offiziellen Kandidatur unverholen in einer Form auftrat, die das öffentliche Gewissen empörte;

daß Behufs Klarstellung der Verantwortlichkeit alle einschlägigen Handlungen, die ein Vergehen oder Verbrechen darstellen, aufgenommen und in ein Gesammtbild vereinigt werden müssen, damit die Kammer demnächst die Entschließungen fassen könne, um ihre Ahndung zu sichern und ihre Wiederkehr zu verhüten; dies umsomehr, als die Regierung Miene mache, den Wahrspruch der Nation ganz unberücksichtigt zu lassen und sich in den Stand der Empörung gegen die Volkssouveränität zu setzen.

Deshalb solle ein Untersuchungsausschuß mit den umfassendsten Vollmachten niedergesetzt werden, um in einem Berichte alle Thatsachen darzulegen, welche aus irgend einem Rechtsgrunde geeignet seien, die Verantwortlichkeit ihrer Urheber, wer diese auch sein mögen, zu belasten, und auf Grund dieses Berichts der Kammer weitere Beschlüsse vorzuschlagen.

Der Hauptantragsteller führte weiter aus, das Land erwarte mit Ungeduld die Verurtheilung und Brandmarkung der Urheber jener Handlungen, und die Wiederherstellung des richtigen Verhältnisses zwischen dem Herrn (Frankreich) und dem aufrührerischen Diener (dem Ministerium).

Der Ministerpräsident Herzog von Broglie erklärte, die Regierung wünsche die schleunige Berathung des Antrages, um über die erhobenen Anklagen volles Licht zu verbreiten; allerdings werde sie schließlich unparteiischere Richter verlangen, als die Abgeordnetenkammer.

Der von der Kammer unverweilt niedergesetzte Ausschuß sprach sich wie zu erwarten war, für die Annahme des Antrags aus.

Von Seiten der Freunde der Regierung wurde die vorgeschlagene Untersuchung für verfassungswidrig und revolutionär erklärt, — man wolle damit Rache, nicht Gerechtigkeit üben. Die Verfassung stehe nicht unter dem Schutze der einen Kammer, sondern auch unter dem des Senats und des Präsidenten der Republik, welcher das Recht und zugleich die Gewalt besitze.

Dagegen wurde von republikanischer Seite ausgeführt: es bestehe ein Konflikt zwischen drei Gewalten, von denen keine souverän sei; — man habe deshalb den wirklichen Souverän, nämlich die französische Nation, das allgemeine Stimmrecht befragen müssen. Das allgemeine Stimmrecht aber habe der Kammer Recht gegeben. — und es sei erniedrigend für das Volk, dasselbe zu befragen, dann aber auf seine Stimme keine Rücksicht zu nehmen. Das Land habe ungeheure Hindernisse zu überwinden gehabt, um seinem Willen Ausdruck zu geben. Die Minister, statt das Staatsoberhaupt mit ihren Personen zu decken, haben den Marschall selber in den Wahlkampf herabgezogen. Grade die conservativen Interessen und Ideen seien durch den verhängnißvollen Widerstand des Ministeriums gegen die Forderungen der Verfassung verletzt und preisgegeben.

Der Minister des Innern Fourtou vertheidigte zunächst mit Entschiedenheit die Aufstellung von Regierungskandidaten: er beriet sich darauf, daß alle Regierungen in Frankreich offizielle Kandidaturen aufgestellt haben, am entschiedensten gerade die Regierung unter Gambetta. Jetzt aber sei die Einmischung der Regierung um so nothwendiger gewesen, weil bei den vorigen Wahlen mit dem Namen des Marschalls vielfach Mißbrauch getrieben worden sei, — da sei es unerläßlich geworden, den falschen, heuchlerischen Regierungscandidaten ächte und wahrhafte gegenüberzustellen. Was die Berufung auf die Verfassung gegen die Politik des Marschalls betreffe, so vergesse man, daß die Verfassung auf einem Ausgleiche beruhe: Die Conservativen haben die Republik mit dem Vorbehalte der Revision nur zugelassen, nachdem die Republikaner das Zweikammer-System und einen Präsidenten angenommen, der im Falle eines Conflikts sich auf die eine oder die andere stützen könne. Die Obhut dieser Verfassung aber sei dem Marschall Mac Mahon anvertraut, dessen Gewalten schon vorher vorhanden waren. Der Marschall habe dem Geist jenes Ausgleichs gemäß zuerst ein conservativ-liberales Ministerium gebildet, das aber unter dem Druck der Kammermehrheit die conservativen Interessen aus dem Auge verlor. Damit sei die bürgerliche Gesellschaft in Gefahr gerathen. Um sie zu retten, habe der Marschall die Männer von der Rechten ins Ministerium berufen. Der Aerger der republikanischen Partei rühre nun daher, daß ihre Ankündigung, sie werde statt mit 363 mit 400 Stimmen wiederkommen, nicht in Erfüllung gegangen sei, daß sie vielmehr trotz aller Vergewaltigung 50 Sitze verloren haben. Frankreich sei in zwei ziemlich gleiche Parteien getheilt. Wenn die Opposition nichts weiter verlange, als daß die Verfassung beobachtet, der Friede, die

modernen Freiheiten und die bürgerliche Gesellschaft geschützt werde, so bestreite das Niemand. Frankreich wolle eine Regierung der Ordnung und des Friedens unter dem Schutze des Mannes, welchen das Land bitte, ohne Herausforderung, aber auch ohne Nachgiebigkeit auf dem für die Gesellschaft so wichtigen Posten zu verharren, auf welchem er stehe und bleiben werde.

Nach dieser Rede wurde von einem Redner der republikanischen Partei besonders die Gefahr betont, welcher Frankreich durch die Politik der Regierung unter den europäischen Verhältnissen ausgesetzt erscheine: dieselbe würde Frankreich in eine Lage bringen, wie es seit Sedan eine schlimmere nicht erlebt habe. Neben der orientalischen stehe die clericale Frage in Europa auf der Tagesordnung. Alle Großmächte wollen die Fortdauer des politischen Standes der Dinge in Italien, die clericale Partei aber rechne zur Umstoßung desselben auf den Degen Frankreichs. Darum könne es in Frankreich nur eine republikanische und anticlericale oder eine monarchistische und clericale Majorität geben und wenn unglücklicherweise die erstere wegfiele, hätte das Ausland ein Recht, seine Interessen für bedroht zu halten. Der Sieg der clericalen Partei wäre deshalb eine Gefahr für Frankreich.

Der Minister-Präsident Herzog von Broglie erklärte zunächst: das Ministerium sei am Ruder geblieben, um sich gegen die Angriffe, denen es ausgesetzt ist, zu verantworten. Sobald es diese Pflicht erfüllt habe, werde der Marschall sehen, was er zu thun habe. Wenn man ihm beweisen könne, daß ein Ministerium aus den verschiedenen Gruppen der republikanischen Mehrheit im Stande wäre, ein gemeinsames Programm zu formuliren, würde er der parlamentarischen Regel gern ihren Lauf lassen, andernfalls dürfte aber die parlamentarische Magnetnadel diesmal nicht genügen, und man müßte anderwärts die Grundlagen einer Lösung suchen.

Die beantragte Untersuchung könne die Regierung nicht annehmen, da dieselben Männer, welche als Ankläger auftreten, auch die Untersuchung führen wollen. Es handele sich in Frankreich nicht blos um Parteifragen, sondern um Fragen, welche an den Grundlagen der Gesellschaft rütteln: es handle sich darum, ob Frankreich das Joch des revolutionären und radikalen Geistes tragen wolle, der heute nicht minder gefährlich sei, wenn er auch statt der äußeren Gewalt jetzt die Siege des Wahlkampfes gebrauche, die er dem durch Trug und Verleumdung irregeleiteten Volke abgewinne. Eine dieser Verleumdungen sei, daß die Regierung auf einen Krieg hinarbeite.

„Wenn in Frankreich", sagte der Minister, „irgend ein Bedürfniß allgemein ist, so ist es das des Friedens. Gewiß hat unser Unglück einen Stachel zurückgelassen, und es mag auch an Wehklagen über die Lage des heiligen Vaters nicht fehlen. So oft aber die Regierung die Leute, welche diese Klagen erhoben, aufforderte, mit ihnen offen hervorzutreten, stellte sich allgemeines Schweigen ein. Da sprach man von einer clericalen Partei, welche auf einen Krieg für die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft lossteuerte, und fügte hinzu, die fremden Mächte hätten Grund, sich deshalb zu beunruhigen. Und die auswärtigen Blätter wiederholten dann diese Anklage: die Regierungen ließen sich nicht beunruhigen, aber die Presse und das Publikum wurden besorgt. Wenn man bedenkt, daß die Verleumder dieselben sind, welche im Jahre 1871 Frankreich aus einem Partei-Interesse den Frieden verweigerten, daß dieselben, die damals den Krieg auf's Aeußerste predigten, sich jetzt zu Aposteln des Friedens um jeden Preis aufwerfen, daß sie sich heute in ihrer Sprache so befremdlich mit den deutschen Zeitungen begegnen, möchte man wohl fragen, was aus dem Vaterlande werden würde, wenn es in ihre Hände fiele. Noch nie hatte die Furcht vor einem Kriege zur Waffe in einer Wahlbewegung gedient, und in der That wäre dies, wenn es anhielte, das sicherste Zeichen nationalen Verfalls. Massenhaft hat man die erschreckten Bevölkerungen mit diesem Trugbilde zur Urne geführt."

Der Minister schloß mit den Worten: „Und nun mögen Sie denn die Untersuchung beschließen! Als Mitglied der Regierung protestire ich dagegen im Namen des Gesetzes, als Bürger erkläre ich ihre Ergebnisse im Voraus für falsch vor dem billigen Urtheil der Geschichte und vor dem Richterspruch des Landes."

Gambetta, auf dessen Verhalten im Jahre 1871 die scharfen Worte des Herzogs von Broglie vorzugsweise zielten, ergriff nach ihm das Wort, um gegen die „geschickte und perfide Rede" auszuführen, daß die Behauptung, die Furcht vor dem Kriege habe das Wahlergebniß herbeigeführt, nicht mehr werth sei als die früheren Ausreden. Die Wahrheit sei vielmehr diese: am 16. Mai habe sich eine Minderheit der Regierung bemächtigt, den Namen des Marschalls sträflich mißbraucht, mit Hülfe eines dem Senat entrissenen Votums ihren Gegnern den Mund geschlossen, das Land allein mit niederträchtigen Flugblättern bearbeitet, den Clerus in den Wahlkampf gestürzt und die Diener Gottes in Ministerialagenten umgewandelt und mit allen diesen Anstrengungen 40 Sitze gewonnen durch Trug und Diebstahl.

Frankreich habe sich entschieden ausgesprochen, und doch trete jetzt die besiegte Minderheit auf, als wäre sie die Mehrheit. Das Land und das allgemeine Stimmrecht sei der wahre Herr, die jetzigen Minister aber seien seine aufrührerischen Diener.

Gambetta erinnerte daran, wie gerade der Herzog von Broglie unter dem Kaiserreich die Aufstellung von Regierungscandidaten bekämpft und gleichzeitig die Besorgniß vor dem Kriege als eine Waffe im Wahlkampfe benutzt habe. Er verlas folgende von dem Herzoge im Jahre 1868 geschriebenen Worte: „Wir wissen, wie mit Abgeordneten nach officieller Wahl die Dinge gehen: wir sehen im Voraus den Krieg gegen Preußen, dann gegen Deutschland und Europa erklärt mit Zustimmung einer innerlich seufzenden Mehrheit. Wenn aber Frankreich, belehrt durch die Erfahrung oder aufgeweckt durch eine heilsame Furcht, sich sagt, daß es sein Recht ist, über Krieg oder Frieden zu entscheiden, so möge es Abgeordnete wählen, welche durch keine Verpflichtung gegen die Regierung gebunden sind . . . ."

Nach Verlesung dieser Worte fügte Gambetta

hinzu: „Ich weiß nicht, was aus Ihrem unsinnigen Kampfe gegen das Land werden wird, — aber das weiß ich, daß Sie einst noch für Sich und Ihre Kinder beklagen werden, so feierliche Worte verleugnet zu haben."

Gambetta klagte endlich noch die Regierung an, sie habe es darauf abgesehen, der republikanischen Mehrheit die Sympathien, die sie sich im Heere erworben habe, abwendig zu machen und es verrathe sich schon hier der Hintergedanke an einen Gewaltstreich, auf den nur Feinde des Vaterlandes sinnen können. Deshalb sei es an der Zeit, alle diese verbrecherischen Umtriebe an's Licht zu bringen und endlich mit dem Ministerium ein Ende zu machen, welches nicht den Ehrgeiz des Herrschens, sondern eine wahre Gier nach Gewalt bethätigt habe.

Der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wurde sodann mit einer Mehrheit von 320 gegen 204 Stimmen angenommen.

Das Ministerium des Herzogs von Broglie reichte unmittelbar nach dem Beschlusse der Abgeordnetenkammer dem Präsidenten der Republik ein erneutes Gesuch um Entlassung ein.

Vor dem wirklichen Rücktritt des Ministeriums ist jedoch von der Rechten im Senat noch der Versuch gemacht worden, im Gegensatze zu den Beschlüssen der Abgeordnetenkammer eine Kundgebung des Vertrauens für die Regierung eintreten zu lassen und den Marschall hierdurch zum Ausharren bei der Politik des Widerstandes gegen die republikanische Partei zu ermuthigen.

Es wurde eine Anfrage an die Regierung angekündigt, „welche Maßregeln dieselbe hinsichtlich der von der Abgeordnetenkammer angeordneten Untersuchung zu ergreifen gedenke." Es war dabei im Sinne der Urheber offenbar darauf abgesehen, den Beschluß der zweiten Kammer als verfassungswidrig zu bezeichnen und den Widerstand der Regierung gegen denselben als gerechtfertigt zu erklären.

Diese Absicht wurde jedoch durch die gemäßigten Conservativen im Senat vereitelt. Als nämlich von der Linken gegen die Zulässigkeit der angemeldeten Frage Widerspruch erhoben wurde, erklärte der Präsident des Senats, der Herzog von Audiffret-Pasquier: er habe die Anfrage nur zugelassen, nachdem ihm erklärt worden, dieselbe solle sich nur darauf beziehen, welche Weisungen die Regierung den Beamten zu geben gedenke. Von einer Kritik des Beschlusses des anderen Hauses dürfe nicht die Rede sein; der jetzige Senat sei nicht der Senat des Kaiserreichs und dürfe sich nicht zum Richter über die Verfassungsmäßigkeit der Handlungen des anderen Hauses aufwerfen. Wenn das Abgeordnetenhaus seine Befugnisse überschritten habe, was es für sein Theil nicht zugebe, so könne die Regierung die Auflösung beantragen. Bis dahin habe der Senat keinen Beruf, über das Abgeordnetenhaus zu Gericht zu sitzen.

Durch diese Erklärung des Senatspräsidenten, welcher zugleich der einflußreichste Führer der gemäßigten Konservativen ist, war die Grenze bezeichnet, bis zu welcher der Senat im Augenblick der Regierung des Marschalls zu folgen bereit ist. Die Parteien der Rechten selbst sahen sich dadurch veranlaßt, auf die Absicht einer eigentlichen Vertrauenskundgebung für das Ministerium Broglie zu verzichten.

Bei der Erörterung über die gestellte Anfrage führte der Herzog von Broglie aus, daß die von der Abgeordnetenkammer eingesetzte Untersuchungs-Commission der Grundlage der Unparteilichkeit entbehre und ein Eingriff der legislativen Gewalt in das Bereich der richterlichen und der Regierung sei. Die Bürger seien nicht gehalten, derselben Rede zu stehen; die Beamten blieben hinsichtlich derselben unter der Autorität ihrer Vorgesetzten und müßten deren Befehle und Instruktionen entgegennehmen. Dies seien die Instruktionen, welche das Ministerium in dem Augenblicke gegeben habe, wo es im Begriff stehe, die Gewalt niederzulegen.

Die Rechte des Senats, welche ursprünglich beabsichtigt hatte, eine ausdrückliche Billigung der Erklärungen der Regierungen auszusprechen, beschränkte sich schließlich auf folgenden Beschluß: „Der Senat geht, indem er von den Erklärungen der Regierung Akt nimmt und indem er entschlossen ist, gemäß den konservativen Principien, welche er stets vertreten hat, keine Beeinträchtigung der Prärogativen, welche jeder der öffentlichen Gewalten zustehen, zuzulassen, zur Tagesordnung über."

Dieser Antrag wurde mit 151 gegen 129 Stimmen angenommen.

Der Verlauf der Verhandlungen im Senat scheint ein Fingerzeig für den Marschall zu sein, daß er sich auf diese Körperschaft zwar auch ferner für eine conservative Politik stützen kann, jedoch nur unter gewissen Voraussetzungen der Mäßigung und der Rücksichtnahme auf die verfassungsmäßigen Rechte der anderen Gewalten. Es scheint namentlich, daß die im Senat mehr als in der Abgeordnetenkammer in's Gewicht fallende Gruppe der Orleanisten sich der Politik der Legitimisten und Bonapartisten, welche die Zustände immermehr zu einer gewaltthätigen Lösung zu drängen suchen, nicht mehr schlechthin anschließen will.

Bei der Bildung eines neuen Ministeriums dürfte es sich nochmals um die Entscheidung darüber handeln, ob noch ein Versuch gemacht werden kann und soll, durch Vereinigung der gemäßigten Gruppen der Rechten und der Linken die Grundlagen für eine Regierung im Sinne der sogenannten konservativen Republik zu finden oder ob der Marschall sich nach wie vor für verpflichtet hält, den Kampf gegen die republikanische zweite Kammer ohne Weiteres fortzuführen.

Da der Marschall sich auf die ihm bis zum Jahre 1880 übertragenen unbedingten Vollmachten und auf die ihm von der damaligen conservativen Mehrheit zugewiesene Aufgabe beruft, die jetzige Majorität der Kammer aber mit gleicher Entschiedenheit auf die ihr durch die republikanische Verfassung übertragenen Rechte, so ist eine dauernde friedliche Lösung des tiefen Gegensatzes kaum in Aussicht zu nehmen.

Vom Kriegsschauplatze. Die Russen haben in Armenien wieder einen glänzenden Sieg errungen, der für die weitere Entwickelung der dortigen Kriegs-

ereignisse von entscheidender Bedeutung sein wird: Die Festung Kars ist erstürmt! Der Kampf begann am Sonnabend (17.) Abends 9 Uhr und endete am nächsten Morgen um 8 Uhr mit der Einnahme der Festung. Von beiden Seiten wurde mit außerordentlicher Tapferkeit und Hartnäckigkeit gekämpft. Nachdem bereits während der Nacht mehrere Theile der Festung in die Hände der Angreifer gefallen waren, ergaben sich am Morgen auch die letzten Forts den siegreichen Russen. Hierauf suchten vierzig türkische Bataillone in der Richtung von Erzerum zu entfliehen, wurden aber durch die russische Kavallerie aufgehalten und gefangen zurückgebracht. Sämmtliche Befestigungswerke und die Stadt mit 300 Kanonen, allen Munitions- und Proviantvorräthen fielen in die Hände der Russen; auch wurden gegen 10,000 Mann, darunter mehrere Paschas und der Stabschef der Artillerie zu Gefangenen gemacht. Am Sonntag Vormittag hielt General Loris-Melikoff seinen Einzug in Kars. Durch die Einnahme von Kars ist die russische Kriegsleitung in den Stand gesetzt, die weiteren Operationen gegen Erzerum und Batum mit noch größerem Nachdruck fortzusetzen, da ein großer Theil der bisher vor Kars festgehaltenen russischen Armee, wohl gegen 20,000 Mann, nunmehr zur Verwendung bei der Belagerung jener beiden Punkte herangezogen werden kann.

Ob auf dem europäischen Kriegsschauplatze Plewna bald das Schicksal von Kars theilen und in die Hände der Russen fallen wird, ist noch nicht abzusehen, da man namentlich darüber keine zuverlässige Nachricht hat, wie lange noch die eingeschlossenen Türken mit Proviant versehen sind. Darf man früheren Angaben von türkischer Seite Glauben schenken, so würde Osman Pascha nur noch etwa eine Woche im Stande sein, sich zu halten. Andere Berechnungen geben ihm aber eine weit längere Frist. Schwerlich wird er jedoch den Tag abwarten, wo der Mangel an Lebensmitteln ihn zwingt, die Festung zu übergeben, sondern vorher einen verzweifelten Durchbruchsversuch unternehmen. Verschiedene kleine Ausfälle, mit großer Energie unternommen, aber jedes Mal von den Russen sofort zurückgeschlagen, lassen auf diese Absicht Osman Paschas schließen. Indeß würde ein solcher Versuch schwerlich erfolgreich sein können, da die Russen mit großer Aufmerksamkeit alle Bewegungen der Türken verfolgen, ihre Stellungen um Plewna immer mehr befestigen und immer weitere Verstärkungen an sich heranziehen. Neuerdings ist von dem Anmarsch zweier neuer Korps über Bukarest die Rede. Von türkischer Seite rüstet man mit großer Eile bei Sofia ein ansehnliches Heer unter der Führung Mehemed Ali Pascha's, das bestimmt scheint, gegen Plewna vorzurücken und die den Einschließungsring durchbrechende Armee Osman Pascha's aufzunehmen, bevor sie in offener Feldschlacht von den Russen mit überlegener Macht angegriffen werden kann. Aber es ist fraglich, ob diese neu gebildete Armee in Thätigkeit treten und ob nicht schon vorher das Schicksal von Plewna entschieden sein wird.

Unser Kaiser hat sich am Donnerstag (15.) zur Abhaltung von Hofjagden nach Springe in Hannover begeben und ist von da am Sonnabend (17.) zurückgekehrt. Am nächsten Freitag und Sonnabend gedenkt Se. Majestät die Jagden in Hubertusstock abzuhalten.

Der Kaiser hat im Laufe der Woche außer den laufenden Kabinetsvorträgen mehrfach Vorträge der Minister, besonders des Staatssecretairs im Auswärtigen Amte, des Kriegsministers 2c. entgegengenommen.

In der nächsten Woche dürfte der Empfang der hier eingetroffenen außerordentlichen chinesischen Gesandtschaft stattfinden.

Kirchliche Nachrichten.

Am 26. Sonntage nach Trinitatis
(Gedächtnißfeier der Todten)
predigen zu Oels:

In der Schloß- und Pfarrkirche:

*) Frühpredigt: Herr Diakonus Krebs.
*) Amtspredigt: Herr Propst Thielmann.
*) Nachm.-Pr.: Herr Superint. Ueberschär.
8½ Uhr Beichte: Herr Propst Thielmann.

Wochenpredigt:

Donnerstag, den 29. November, Vorm. 8½ Uhr: Herr Superint. Ueberschär.

Montag, den 26. November, Abends 7 Uhr, in der St. Salvator-Kirche Bibelstunde: Herr Superint. Ueberschär.

*) Collecte für die städtischen Armen.

Gekauft werden
starke neumelke und hochtragende Kühe, auch starke zur Mast brauchbare Ochsen. Offerten sind an die Expedition d. Bl. zu richten.

Hierdurch die ergebene Mittheilung, daß ich das bisher von meinem verstorbenen Manne, dem Glasermeister **Eduard Krieger,** hier betriebene

Glas- und Porzellanwaaren-Geschäft, sowie die Glaserei

unter derselben Firma fortführe, und ersuche ich ergebenst, das dem Verstorbenen in so reichem Maaße zu Theil gewordene Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen. Strengste Reellität und prompteste Ausführung der mir übertragenen Arbeiten werden, wie bisher, mein Geschäftsprincip sein.

Oels, den 20. November 1877.

Clara verw. Krieger. Breslauerstraße.

Bei dem Dom. Heidane, Kreis Oels, findet sofort ein nüchterner Kutscher Stellung.

Pianino's.

Um meine allseits anerkannten Fabrikate auch am hiesigen Orte einzuführen, will ich innerhalb 4 Wochen den nächsten Käufern **erhöhten Rabatt** abgeben. **Kostenfreie Probesendung, leichte Zahlungsweise.** Bei Baarzahlung bes. Vortheile. Coulanter Verkehr. Zeugnisse, Preis-Courant sof. gratis. **Th. Weidenslaufer, Berlin,** Gr. Friedrichsstraße.

Gegen
Feldmäuse!!!
Pillen, Giftweizen, Posphorlatwerge von vorzügl. Wirkung, à Ctr. 45 Mk., 10 Pfd. 5 Mk., versendet
A. Stanjeck, Apotheker.
Breslau, Neue Graupenstraße 16, in der Nähe der Bahnhöfe.